

ausreißer

Die Grazer Wandzeitung

#117/118 | 2026

ISSN 2518-3583 // Bilder: Azam Shadpour

WeltBild

Spezialausgabe

"Wer weiß, welche Geheimnisse dieses Meer versteckt hält"

Die gesamte Reportage wird im aktuellen ausreißer #117/118 an der Wand als Spezialausgabe veröffentlicht, die an einer Hälfte der ausreißer-Standorte parallel zur regulären Ausgabe plakatiert ist. Nach vier Wochen gibt es einen Wechsel, sodass beide Nummern überall zu sehen sind. Die Faltausgabe enthält eine Extrabeilage mit umfassender Bildstrecke.

Eine Rückkehr an die Strände der europäischen Außengrenze

Für Menschen auf der Flucht und auf der Suche nach einem besseren Leben wurde die griechische Insel Lesbos in den Jahren 2015 und 2016 zur Landungsbrücke in die Europäische Union. Die Bewohner*innen der kleinen Ortschaften an der Nordküste der Ägäis-Insel wiederum fanden sich an vorderster Front dieser Krise an der EU-Außengrenze. Sie legten in einer historischen Ausnahmesituation ein bemerkenswertes Zeugnis der Menschlichkeit ab. Der Fotojournalist Alexander Danner hat die Ereignisse 2015 mit der Kamera begleitet. Zehn Jahre später kehrt er nach Lesbos zurück und begibt sich auf Spurensuche. Diese führt ihn unter anderem an die Strände von Skala Sikamineas, wo die Fischer des kaum 200 Einwohner*innen zählenden Dorfes sich nicht nur als Zeitzeugen an die große Fluchtbewegung erinnern. Als Chronisten eines Ortes der Zuflucht erzählen sie von einer Geschichte, die lange vor 2015 begann – und bis in die Gegenwart andauert. Heute zeigt sich Lesbos als Spiegel der europäischen Migrationspolitik und einer zur Gänze vollzogenen Zeitenwende, die gleichermaßen auf Abschottung wie Abschreckung setzt.

Die Schreie übertönen jedes Geräusch. Die Rufe der Rettungskräfte ebenso wie das laute Brechen der Wellen in der Brandung – diese Schreie der Kinder sind lauter und durchdringender als alles andere in dem Klangraum aus Chaos und Panik. Eine Notärztin versucht verzweifelt, die verdrehte Schwimmweste eines Babys loszumachen. Diejenigen, die ganz leise sind, müssen zuerst untersucht werden. Sie befürchtet, die verrutschte Weste könnte die Atemwege blockieren. Hek-

tisch wird der kleine Körper herum gereicht. Endlich ist die Schwimmweste weg, aber durch die dicke Winterkleidung sind kaum Lebenszeichen auszumachen. Als endlich Atembewegungen erkennbar sind, geht eine Welle der Erleichterung durch die Umstehenden, Menschen küssen den Boden. Aber viel Zeit zum Luft holen bleibt nicht, das nächste Boot ist schon in Sicht. Eine Frau wird auf einer provisorischen Liege aus herausgerissenen Bodenlatten weggetragen. Eine andere liegt nicht ansprechbar auf einem großen Haufen von Schwimmwesten, vermutlich ist sie stark unterkühlt. Inzwischen ist es dunkel geworden. Nur die Taschenlampen der Helfenden erleuchten die Gesichter der Ankommenden.

Wir befinden uns an einem Strand im Norden der griechischen Insel Lesbos. Der Winter steht vor der Tür. Es ist das Jahr 2015, Ende November. Mehrere Schlauchboote mit jeweils etwa zwei Dutzend Menschen an Bord haben gerade die Küste erreicht. Es ist oft das letzte Stück des langen, durchgehend gefährlichen Weges, das sich als besonders kritisch erweist. So nahe am Ziel lauern vor der Küste Felsen unter Wasser, die die dünne Schlauchbootwand aufschlitzen können. Was die Schutzsuchenden außerdem nicht sehen, sind all die Bootswracks, die bereits auf den Meeresgrund gesunken sind. Manche Ankommende wollen und können keine weitere Sekunde mehr warten, um das hoffnungslos überfüllte Boot, das sich nur wenige Zentimeter über dem Wasser bewegt, endlich zu verlassen. Sie springen zu früh, völlig durchnässt sind sie ohnehin schon. Doch so gerät das Boot ins Ungleichgewicht und kentert schlimmstenfalls wenige Meter vor dem rettenden Strand. Nichts läuft nach Plan, das tut es nie. Jedes Boot auf dem Wasser ist im



Eleni Akpınar wurde als Kind mit ihrer Familie 1955 aus Istanbul, damals Konstantinopel, im Zuge der Pogrome gegen die griechischsprachige Bevölkerung vertrieben und ging nach Argentinien ins Exil. Ihre Wurzeln hier hat man ihr einst gewaltsam entrissen, doch den Traum einer grenzenlosen Welt will sie sich nicht nehmen lassen.



“Welche Grenzen? Diese Begriffe – Flüchtlinge, Migranten, das ist für mich alles Schwachsinn.” Stratis Valamias.
Frontexboot in Mythimna/Molyvos, Lesbo, 2016.

Grunde genommen eine Notsituation. Trotz allem sind die, die überleben, die Glücklichen, die es überhaupt so weit geschafft haben. Der Sommer hat sich nun endgültig verabschiedet und mit dem Winter wird jede Überfahrt durch Kälte, Wind und See-gang noch viel gefährlicher, als sie es schon bisher war.

Im Jahr 2015 erreichten knapp eine halbe Million Menschen Lesbos, fast dreieinhalbtausend Menschen allein in diesem November – täglich. Vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak versuchten sie Krieg, Verfolgung oder absoluter Perspektivlosigkeit zu entrinnen und wagten die lebensgefährliche Überfahrt. Angekommen auf der anderen Seite des Meeres fanden sie auf Lesbos erst einmal Orte der Menschlichkeit. Einer davon ist das kleine Fischerdorf Skala Sikamineas. Im unmittelbaren Angesicht der Not halfen die Frauen und Männer der Gemeinde den zahlreichen Gestrandeten und versorgten sie mit trockener Kleidung und dem Nötigsten. Die Fischer fuhren tagtäglich aufs Meer, damit in Seenot Geratene es überhaupt an Land schaffen konnten. Anfangs waren sie auf sich alleine gestellt. Nach und nach kamen internationale Hilfsorganisationen nach Lesbos, um eine Insel am Rande des Kollaps nahezu buchstäblich über Wasser zu halten. Im kleinen Hafen und am angrenzenden Strand von Skala Sikamineas trafen große wie kleine NGOs auf Schutzsuchende und auf eine Bevölkerung, die bei der großen Zahl zu Versorgender dringend Unterstützung benötigte. Erfahrene Organisationen wie Greenpeace schlossen sich in einer Kooperation mit Ärzten ohne Grenzen zusammen, um medizinisches Notfallpersonal auf Schnellbooten nach Lesbos zu bringen, spontan organisierten sich Rettungsschwimmer*innen aus Spanien, um die Gewässer auf ihren Jet-Skis nach Vermissten zu durchkämmen. Währenddessen wurden an Land provisorische Notaufnahmen geschaffen und Tag und Nacht am Laufen gehalten - von orthodoxen Priestern, aus Athen angereister Anarchist*innen und Freiwilligen von überall her. Ganz Lesbos wurde zum humanitären Leuchtturm. In Skala Sikamineas brannte dieses Leuchtfeuer besonders hell.

“Ich sah ein Boot. Es war beim Leuchtturm. Es war sehr stürmisch. Ich sprang ins Wasser und hab 10 Menschen rausgeholt, zehn weitere aber, sie ertranken direkt neben mir. Ich hielt den einen, und der andere neben mir ging unter. Auch Babys. Verstehst du? Sie hatten keine Schwimmwesten, konnten nicht schwimmen. Sie waren so nahe dem Land. Eins der Babys war erst neun Monate alt. So viele Menschen sind gestorben. Aber Babys ertrinken zu sehen ...“

Politischer Klimawandel und Beginn einer Zeitenwende im Feldlabor Lesbos

Daten des UNHCR belegen, dass Frauen und Kinder gegen Ende des Jahres 2015 die Mehrheit der schutzsuchenden Passagiere, die auf Lesbos ankamen, ausmachten. Die Schlepper, so erzählte man sich, gaben bei Schlechtwetter Rabatte. Für viele die einzige Chance, die Überfahrt für die ganze Familie zu bezahlen. Es hatte sich wohl auch schon herumgesprochen, dass europäische Länder begannen, Familienzusammenführungen zu beschränken. Ein politischer Klimawandel war angebrochen. Während auf der Insel der Winter Einzug hielt, hatten sich auf dem europäischen Festland die öffentlichen Diskurse zu drehen begonnen. Zur Einordnung: Ende Oktober, als auf Lesbos

gerade die höchsten Ankunfts-zahlen verzeichnet wurden, sprach die damalige österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner an der Grenze im südsteirischen Spielfeld vor versammelter Presse von der Notwendigkeit einer “Festung Europa”. Später prägte Außenminister und Noch-Nicht-Kanzler Sebastian Kurz eine Phrasologie der “hässlichen Bilder” und Routen-Schließungen. Mit der Krise an der Außengrenze hatten sich auch die Grenzen des Sag- und Denkbaren zu verschieben begonnen. Das

Bild des am Strand liegenden Leichnams des zweijährigen Alan Kurdi auf der türkischen Seite des Meeres war in den internationalen Medien schon etwas verblasst, doch in der Ägäis war Wegsehen keine Option. Der damalige Bürgermeister von Lesbos, Spyros Galinos, sprach sich für eine sichere Passage aus, sogar für einen geregelten Fährbetrieb von der Türkei nach Hellas. „Griechenland kann seine Grenzen nur gegen eine militärische Invasion schützen, nicht gegen Flüchtlinge“, so der Bürgermeister. In einem Interview mit der Wiener Zeitung Anfang 2016 erwähnte er, auch selbst einmal ins Wasser gesprungen zu sein, um in Not geratenen Ankommenden an Land zu helfen. Zu dem gerade in Österreich viel diskutierten und letztlich auf europäischer Ebene forcierten Konzept der sogenannten „Hot-spots“ an den Ankunftsorten meinte er: “Die Vorschläge des österreichischen Außenministers Sebastian Kurz sind inakzeptabel, beleidigend und verleumden meine Heimatinsel, sie machen Lesbos und Griechenland insgesamt zu einer Lagerhalle von Seelen.” Und weiter: “Für uns sind die Vorschläge eines einzelnen EU-Ministers, die nicht die Politik der EU widerspiegeln, eine Kriegserklärung.”



“Wohin sollen diese Menschen? Jetzt bauen sie ein Lager mitten im Wald. Warum? Was soll das? Um die Menschen einzusperren?” Stratis Valamios, Fischer aus Skala
Closed Controlled Access Center (CCAC): In Vastria, im Norden von Lesbos, wird das neue Lager für Geflüchtete weitab jeder Infrastruktur, errichtet. Abgeschottet in den Bergen, mitten im Wald, als lückenlos überwachte Gefängnisarchitektur wird das CCAC, wie auch auf anderen Inseln, mit hunderten Millionen Euro an EU-Geldern gebaut. (November 2025)



“Was erwarten sie? Morgen gibt es vielleicht einen Konflikt mit der Türkei, dann sollen wir uns gegenseitig töten?” Stratis Valamios.
November 2025, Mytilini, Lesbos: Militärparade zur Feier zur Befreiung von osmanischer Herrschaft durch die griechische Marine 1912. Ein Hubschrauber zieht im Tiefflug sein Manöver über die Truppen, dahinter das türkische Festland.

Es kam jedoch anders, als der Bürgermeister von Lesbos, selbst Mitglied der konservativen Parteienfamilie, zu jenem Zeitpunkt sogar einer rechten Splitterpartei, sich das vorgestellt hatte. Lesbos wurde zum Experimentierfeld für neue Abschottungsmaßnahmen in der europäischen Migrationspolitik. In zentralen Registrierungsstellen sollten ankommende Geflüchtete und Migrant*innen aufgenommen, sicherheitsüberprüft und identifiziert werden. Über Bleiberecht oder Rückführungen sollte unmittelbar vor Ort an eben jenen „Hotspots“ entschieden werden. Bis zum Entscheid sollten die Menschen die dafür geschaffenen Einrichtungen und damit die Inseln nicht verlassen dürfen. Das „Australische Modell“, bei dem die Antragstellenden nie das Festland erreichen würden, ist in diesem Zusammenhang – auch vom späteren Bundeskanzler Kurz – immer wieder als Vorbild genannt worden. Moria, nahe Mytilini, der Hauptstadt von Lesbos, war einer dieser Hotspots. Es wurde zum größten Flüchtlingslager auf dem europäischen Kontinent.

Ende November wurde auf dem ersten von drei Gipfeln zwischen der EU und der Türkei ein gemeinsamer Aktionsplan beschlossen, der Grundstein für die spätere EU-Türkei-Erklärung vom März 2016 war gelegt. Bereits darin hatte die Türkei zugestimmt, Maßnahmen zu ergreifen, um die irreguläre Migration in die EU zu verhindern. Gleichzeitig wurde eine Visa-Liberalisierung für türkische Staatsbürger*innen und die Intensivierung der Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt. Außerdem sagte die EU eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von drei Milliarden Euro für die Versorgung von Geflüchteten in der Türkei zu. Der Rahmen für den „Deal“ von 2016 war damit weitgehend gesetzt.

Zurück an die Strände von Lesbos. Anfang Januar 2016, dieses Mal im Südosten der Insel. Zwei Boote sind in den stürmischen Nächten zu Jahresbeginn gekentert, 31 Menschen als vermisst gemeldet. Wie viele Personen genau an Bord waren, wird, wie so oft, nie restlos geklärt werden. Die Leichen einiger der Opfer findet man an der türkischen Küste in der Nähe von Ayvalık angespült, dann werden auch auf griechischer Seite mögliche Opfer gesichtet. Verschiedene Hilfsorganisationen, die ebenfalls auf dem Wasser operieren, arbeiten in enger Koordination mit der griechischen Küstenwache zusammen. Diese hat die Unterstützung auch nötig. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) verloren allein vom 1. bis zum 28. Januar 2016 mindestens 244 Menschen ihr Leben beim Versuch, Europa über die Ägäis zu erreichen. Am 30. Januar starben noch einmal 39 Personen auf der Überfahrt nach Lesbos.

An einem Morgen Mitte des Monats werden die Rettungsschwimmer aus Spanien einmal mehr alarmiert. Doch an diesem Tag reagieren sie nicht. Sie können nicht antworten und werden so bald auch nicht mehr die Möglichkeit haben, Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren. Denn direkt nach ihrem

letzten Einsatz sind sie verhaftet worden, zusammen mit zwei dänischen Seenotrettern. Allen wird nun Schlepperei, also Beihilfe zur illegalen Einreise, vorgeworfen. Alle Beschuldigten bekräftigen jedoch, ausschließlich innerhalb griechischer Gewässer operiert und außerdem nur auf Notrufe reagiert zu haben. Wenige Tage später werden sie auf Kautionsfreigabe freigelassen, Mitglieder der Küstenwache hatten sich offenbar für sie eingesetzt und bezeugt, dass der inkriminierte Einsatz eindeutig Leben gerettet hatte. In einer späteren Stellungnahme schreibt die griechische Regierung sogar nachdrücklich, dass „die Zusammenarbeit mit den NGOs notwendig war, ist und bleibt.“ Der Vorfall stellt jedoch eine Zäsur im Umgang mit freiwilligen Nicht-Regierungs-Organisationen dar, er ist ein frühes Beispiel der Kriminalisierung privater Seenotrettung.

Bei einem Treffen der EU-Amtskollegen in Amsterdam im selben Monat, dem Jänner 2016, forderte der deutsche Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) „Druck auf Griechenland“ auszuüben, das Land müsse „seine Hausaufgaben“ machen. Die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner fügte hinzu, es sei „ein Mythos“, dass die griechisch-türkische Grenze nicht zu schützen sei. Allenfalls sei Griechenland vom Schengenraum auszuschließen. In einer Reaktion verteidigt sich der stellvertretende griechische Außenminister Nikos Xydakis, Griechenland kontrolliere sehr wohl seine Grenzen, werde aber nicht „Flüchtlingsboote versenken und Kinder und Frauen ertränken“. Er sagt auch: „Wir hatten gerade 42 tote Flüchtlinge. Darunter 17 Kinder.“ Wer die illegale Zurückdrängung der Schutzsuchenden fordere, der solle die Ehrlichkeit haben, es offen zu sagen. Auch Griechenlands Migrationsminister Ioannis Mouzalas zeigte sich in einer Erwiderung empört: „Wir sind es müde zu hören, dass wir unsere Grenzen nicht sichern können.“ Die Seegrenze zur Türkei könne nicht einfach abgedichtet werden. „Was wollen Sie, dass wir tun?“, fragte er. „Nach internationalem Recht, nach dem Seerecht, nach der Genfer Konvention, nach europäischem Recht und nach griechischem Recht ist die einzige Handlungsoption, die Leute zu retten.“

Zehn Jahre später im Jänner 2026 gibt es keine einzige NGO mehr, die in den Gewässern um Lesbos in der Seenotrettung aktiv ist – sie dürfen es nicht mehr. Anfang Dezember letzten Jahres standen Mitglieder der mittlerweile aufgelösten griechischen Rettungsorganisation Emergency Response Center International (ERCI) in Mytilini erneut vor Gericht. Den 24 Beschuldigten verschiedener Nationalitäten wurde die Schleusung von Menschen und die Beteiligung an einer kriminellen Organisation vorgeworfen. Darauf stehen bis zu 20 Jahre Haft. Eine der Angeklagten, die Syrerin Sarah Mardini, erlangte mit ihrer jüngeren Schwester Yusra – beide talentierte Schwimmerinnen – Bekanntheit, nachdem sie, selbst Schutzsuchende, anderen Geflüchteten auf ihrem Boot während der Überfahrt das Leben gerettet hatten. Beide kamen später nach Berlin und



Hafen an der Nordküste von Lesbos, 2015. *„Es geht uns gut hier. Auch Griechenland hat seine Probleme, aber, mein Freund, es geht uns hier gut. Du weißt aber nicht, in welcher Situation du dich morgen befindest. Vielleicht muss ich morgen in ein Boot steigen und in die Türkei fliehen, weil etwas passiert, das wir nicht verursacht haben.“* Stratis Valamios, Fischer aus Skala



Der Fischer Stratis Valamios aus Skala Sikamineas, Lesbos, war 2016 für seinen unermüdlichen Einsatz zur Rettung von Geflüchteten aus dem Meer für den Friedensnobelpreis nominiert. Bekommen hat er ihn nicht. „Aber was hätte das gebracht? Wieviele sind seither ertrunken?“, fragt er. Was 2015 passiert ist, „kann sich niemand vorstellen“, sagt Stratis. Doch Menschen auf der Flucht sind immer schon hier angekommen und würden weiter kommen. „Aber die Zeiten sind jetzt andere“, die europäische Politik sei ausschließlich eine der Abschottung geworden, so der Fischer.



Friedhof für Geflüchtete in Kato Tritos, Lesbos, 2025: Hunderte Steinplatten markieren die meist namenlosen Gräber all jener, die aus dem Meer oder von den Stränden nur mehr tot geborgen wurden oder aber in den Lagern der Insel starben. Das Mittelmeer, die tödlichste Grenze der Welt, hat hier ein Mahnmal, das ständig weiter wächst.

begannen dort ein neues Kapitel. Yusra Mardini trat 2016 in Rio de Janeiro als Mitglied des olympischen Refugee-Teams im Schwimmen an. Mardani kehrte nach Lesbos zurück, um Menschen auf der Flucht zu helfen. Ihre Geschichte wurde 2022 in dem Netflix-Film „Die Schwimmerinnen“ erzählt.

Im Jänner 2026 wurden nach siebeneinhalbjährigem Verfahren schließlich alle Helfer*innen von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen. „Menschen zu retten, ist kein Verbrechen“, sagt Mardini. „Wenn doch, dann sind wir alle Verbrecher.“ Bis jetzt gab und gibt es zahlreiche Strafverfolgungen, aber keine einzige Verurteilung.

Die Fischer von Skala

Zurück in die Gegenwart des November 2025 und zurück nach Skala Sikamineas, oder einfach nur Skala, wie auf Lesbos die kleine Ortschaft im Norden genannt wird. Es ist ruhig geworden in dem Fischerdorf, der Winter steht wieder vor der Tür. Tourist*innen gibt es keine mehr und die meisten Hotels in der Umgebung haben geschlossen, ebenso die Tavernen. Nur in einem kleinen Café direkt am Hafen sitzt draußen eine Gruppe älterer Männer. Ihnen gegenüber verarbeitet der Fischer Panagiotis auf seinem Boot gerade den morgendlichen Fang. Heute holen die Fischer von Skala wieder ausschließlich Fische aus ihren Netzen. Das war nicht immer so. Panagiotis haben sich die Ereignisse, die inzwischen zehn Jahre zurückliegen, tief ins Gedächtnis eingebrannt. „Du konntest das Wasser nicht mehr sehen. Es war voll von Schwimmwesten. Von Booten. Von Menschen. Wir alle haben geholfen. Natürlich habe ich das auch.“ Zwischen seinen Sätzen macht er lange Pausen. „Aber wir wollen so etwas nie wieder erleben müssen.“ Kostas vom Café nebenan steht auf und taucht mit ein in die Erinnerung: „Das war sehr, sehr schwierig für uns. Für die, die hier gelebt haben und für die, die gekommen sind.“ Er fügt hinzu: „Die Mächtigen sollen die Menschen einfach in Ruhe lassen, mit dem Töten aufhören. Dann muss niemand fliehen. Wer will das schon?“ Boote, die von der Türkei aus ankommen, würden sie heute viel seltener sehen. Zum Glück auch keine angespülten Toten mehr. Damals hatten gleich hier in der Nähe Spaziergänger*innen eines Morgens am Strand den kleinen Körper eines verunglückten Mädchens entdecken müssen. Kostas' Gedanken finden in die Gegenwart zurück: „Die Ankünfte von Booten, sie haben aber nie ganz aufgehört.“ er erzählt von einem Bootsunglück vergangene Woche, das mindestens vier Geflüchtete aus dem Sudan das Leben gekostet hat. Auch er macht lange Pausen. „Wer weiß, welche Geheimnisse dieses Meer versteckt hält.“

Die Bewohnerinnen und Bewohner, allen voran die Fischer des Ortes, sprechen nur zögerlich von ihren Erlebnissen. Nicht wenige von ihnen haben Menschen sterben sehen. In ihren Erzählungen zeigen sie großes Verständnis für die sprichwörtlichen Beweg-Gründe, die Menschen dazu bringen, in ein Boot zu steigen und die gefährliche Überfahrt riskieren Sie wissen, es muss Verzweiflung sein. Wiederholt sagen sie: „Das war schon immer so.“ Und: „Es hat nie ganz aufgehört“.

Auch der Fischer Stratis Valamios musste Vieles mitansehen: „Was 2015 passiert ist, das kann sich niemand vorstellen.“ Die Fischer hätten sich für die Suche nach Überlebenden miteinander abgesprochen und koordiniert. „Alle haben geholfen. Manche haben sich vielleicht am Vorabend aufgeregt. Am nächsten Tag aber haben auch sie keine Fische heimgebracht, sondern Menschen.“ Stratis spricht von der großen Fluchtbewegung als

absolute Ausnahmesituation, aber nicht als Zäsur: „Das alles war nicht bloß 2015.“ Er erinnert an die vielen Kriege, die es in den letzten Jahren gegeben hat – und auch er kommt auf die aktuelle Situation im Sudan zu sprechen: „Tausende werden abgeschlachtet. Aber es interessiert niemanden.“ Die Menschen, sagt Stratis, würden natürlich ihre Sachen packen und sich auf den Weg machen.

„Was 2015 passiert ist, das kann sich niemand vorstellen.“ Die Fischer hätten sich für die Suche nach Überlebenden miteinander abgesprochen und koordiniert. „Alle haben geholfen. Manche haben sich vielleicht am Vorabend aufgeregt. Am nächsten Tag aber haben auch sie keine Fische heimgebracht, sondern Menschen.“

Er würde es genauso tun. „Es passiert weiterhin. Auch heute oder gestern, ab und zu kommen sie noch.“ Stratis beschreibt eine Kontinuität: „Ob tausend oder zehn, für mich spielt es keine Rolle, das ist dasselbe – es sind Menschen.“ Er erinnert sich: „Das erste Mal sah ich Boote im Jahr 1996, es waren Kurd*innen.“ Er zählt all die Jahreszahlen auf, in denen er seitdem immer wieder Boote und Menschen, die „aus dem Wasser kommen“, gesichtet hat. Als er im Jahr 2009 angelangt ist, hält er inne: „Ich sah ein Boot. Es war beim Leuchtturm. Es war sehr stürmisch. Ich sprang ins Wasser und hab 10 Menschen rausgeholt, zehn weitere aber, sie ertranken direkt neben mir. Ich hielt den einen, und der andere neben mir ging unter. Auch Babys. Verstehst du? Sie hatten keine Schwimmwesten, konnten nicht schwimmen. Sie waren so nahe dem Land. Eins der Babys war erst neun Monate alt. So viele Menschen sind gestorben. Aber Babys ertrinken zu sehen ...“ Er hält inne. „Es ist immer schon passiert.“ Aber die Zeiten sind jetzt andere, meint Stratis. „Der Unterschied zu 2015 ist, dass die Politik sich geändert hat, nicht unbedingt nur die Griechenlands, sondern die Europas. Diese Politik kommt von woanders. Die Grenzen wurden geschlossen, es soll keiner mehr durch, und wenn doch, kommt es oft zu Pushbacks.“ Stratis spricht über die völkerrechtswidrige Praxis von Staaten, Migrant*innen und Asylsuchende gewaltsam über eine Grenze zurückzuweisen. Die griechische



Lesbos, 2015: Ein völlig überfülltes Schlauchboot vor der Küste von Lesbos. Manche Ankommende wollen und können keine weitere Sekunde mehr warten, um das hoffnungslos überfüllte Boot, das sich nur wenige Zentimeter über dem Wasser bewegt, endlich zu verlassen. Sie springen zu früh. So gerät das Boot ins Ungleichgewicht und kentert schlimmstenfalls wenige Meter vor dem rettenden Strand. Nichts läuft nach Plan, das tut es nie. Jedes Boot auf dem Wasser ist im Grunde genommen eine Notsituation.



Freiwillige helfen erschöpften Schutzsuchenden an Land. Daten des UNHCR belegen, dass Frauen und Kinder gegen Ende des Jahres 2015 die Mehrheit der schutzsuchenden Passagiere, die auf Lesbos ankamen, ausmachten.

Regierung unter dem konservativen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis – im zweiten Kabinett seit 2019 – bestritt die Vorwürfe der illegalen Pushbacks in der Vergangenheit stets vehement und bezeichnete sie oft als „Falschnachrichten“ oder „türkische Propaganda“. Behauptungen, die durch zahlreiche Berichte von Menschenrechtsorganisationen, sowie eine Vielzahl von Medienrecherchen in Frage gestellt werden. So musste im Jahr 2022 etwa Fabrice Leggeri, als damaliger Chef von Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, zurücktreten. Mehreren Medienberichten sowie Ermittlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung zufolge, war der heutige Europaparlamentarier des rechten Rassemblement National in die Vertuschung von Pushbacks involviert. Und auch die jetzige Führung von Frontex ist nach internen Untersuchungen aus dem Vorjahr mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Abermals geht es um den Einsatz ihrer Schiffe in der Ägäis.

Stratis glaubt den Berichten der Geflüchteten. „So viele können keine Lüge erzählen.“ Vor allem aber: Er kennt die Gewässer sehr gut. „Wie viele Boote machen sich auf den Weg und wie viele kommen an?“ Im Jahr 2016 war Stratis für seinen unermüdlichen Einsatz zur Rettung von Geflüchteten sogar für den Friedensnobelpreis nominiert. Er hat ihn nicht bekommen. Und er ist heute sehr froh darüber, sagt er. „Nehmen wir an, ich hätte ihn bekommen, den Preis. Seit 2015, wie viele sind hier seitdem ertrunken? Was hätte ich damit anfangen sollen? Was hätte das gebracht? Wenn die Kriege aufgehört hätten. Wenn das alles aufgehört hätte, wenn die Menschen in ihr Zuhause hätten zurückkehren können. Dann ja. Aber von 2015 bis jetzt sind so viele ertrunken – was hätte ich mit dem Nobelpreis machen sollen?“

Zu Füßen der Dichterin Sappho – Ein Mahnmal der Außengrenze

Die Sonne verabschiedet sich schon früh um diese Jahreszeit. Im Hafen von Mytilini im Südosten der Insel sind nur mehr die Silhouetten der großen Schiffe der Küstenwache auszumachen. Auch sie haben sich für den Abend zum überwiegenden Teil in den sicheren Hafen zurückgezogen. Fünf große Patrouillenboote und mehrere kleinere sind mit nur einem Blick vom zentralen, der Dichterin Sappho gewidmeten, Platz aus auszumachen. Im Minutentakt fahren Geländewagen von Frontex vorbei. So sieht die europäische Außengrenze aus – ihre Hardware zumindest. Zu Füßen der Statue der antiken Lyrikerin, die in ihren Texten von der erotischen Beziehung zwischen Frauen schrieb, versammeln sich diese Woche im November zum wiederholten Mal Menschen für eine Kundgebung. Vor wenigen Tagen war es eine Demonstration gegen Pushbacks. Die Ankündigungsplakate sind noch in der ganzen Stadt an Gebäudemauern zu sehen. Teilweise hängen sie auch im Inneren von Geschäftslokalen, was auf die offen-sichtliche Unterstützung der Eigentümer*innen hinweist. Heute findet sich auf dem

Platz am späten Nachmittag eine Gruppe von rund einhundert sudanesischen Geflüchteten zusammen. Sie möchten auf die dramatische Situation in ihrer Heimat aufmerksam machen. Dort herrscht laut Vereinten Nationen die zur Zeit größte humanitäre Krise der Welt. Sie ist auch die Ursache für die größte Vertreibung von Menschen im Jahr 2025. Bei der Kundgebung erinnern die Teilnehmenden auch an das Bootsunglück und gedenken jenen vier ihrer Landsleute, die dabei vor kurzem ihr Leben verloren haben. Zunächst ist es eine Art einstündige Mahnwache, bei der Schilder mit „Stop Genocide in Sudan“, oder „Free Sudan“ in arabischer, englischer und griechischer Schrift in die Höhe gehalten werden. Später werden dieselben Parolen auch laut gerufen. Die anwesende Polizei verhält sich sehr zurückhaltend. Der Protest richtet sich vor allem gegen die Rapid Support Forces, kurz RSF. Die paramilitärische Miliz befindet sich seit April 2023 in einem blutigen Machtkampf mit der von Sudans Militärherrscher Abdel Fattah al-Burhan. Ende November veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International einen Bericht, in dem der Miliz schwere Kriegsverbrechen, darunter Hinrichtungen von Unbewaffneten, sowie Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen vorgeworfen werden. Die zusätzlich von der NGO erhobenen Vorwürfe, die Vereinigten Arabischen Emirate würden das Vorgehen der RSF durch ihre Unterstützung erleichtern, werden auch auf der Demonstration in Mytilini artikuliert: „Down, down UAE“ und „ثوارث / thwara “Revolution“ hallt es über den Platz der Sappho. Am Ende der Kundgebung kommen während eines Redebeitrages dem Sprecher Munir Baschir die Tränen. Es ist eine lange Leidensgeschichte, von der er erzählt, eine Geschichte, die sich in Teilen wiederholt. Bereits 2003 wurden er und seine Familie aus Darfur im Zuge des Bürgerkrieges vertrieben. Zwanzig Jahre später werden unter Beteiligung westlicher Verbündeter wieder Menschen zur Flucht gezwungen – mittlerweile sind es geschätzte 14 Millionen.

Die lange Geschichte vergangener und gegenwärtiger Konflikte in der Nachbarschaft zum europäischen Kontinent, die zu Vertreibung und Hoffnung auf ein neues Leben in Sicherheit geführt haben, manifestiert sich auf einem Feld nahe der Ortschaft Kato Tritos. Es sind Lebensgeschichten, die an der Grenze zu Europa endeten. Umgeben von Olivenhainen liegen auf einer Ebene hunderte Steinplatten. Auf den allermeisten von ihnen steht „άγνωστος / unknown“ – unbekannt. Daneben eine Nummer. So wenig weiss man über die Leben derer, die aus dem Meer oder von den Stränden geborgen wurden. Manche der hier Begrabenen verstarben auch in den Lagern auf der Insel. Am untersten Ende des Friedhofes befinden sich vier frisch aufgeschüttete Erdhaufen. Sie zumindest sind mit Namen und Sterbedatum markiert – es sind die Gräber jener sudanesischen Geflüchteten, die eineinhalb Wochen davor ihr Leben kurz vor Erreichen des rettenden Ufers verloren haben. Das Mittelmeer,



Im Jahr 2015 erreichten knapp eine halbe Million Menschen Lesbos, fast dreieinhalbtausend Menschen allein in diesem November – täglich.

ausreißer

die tödlichste Grenze der Welt, hat hier ein Mahnmal, das ständig weiterwächst

Aus der Asche von Moria zum Closed Controlled Access Center

In der Hauptstadt Mytilini ist an einem Samstag im November viel los. Zahlreiche Inselbewohner*innen sind in den Hafen gekommen. Es herrscht Festtagsstimmung. Einige tragen traditionelle Kleidung. Die Insel Lesbos feiert an diesem Tag die Befreiung von der osmanischen Herrschaft durch die griechische Marine im Jahr 1912. Während einer Parade marschieren Schulklassen unter dem Applaus der Zuschauer*innen entlang der großen Hafepromenade. Zum Abschluss folgen ihnen verschiedene militärische Einheiten. Als ein Hubschrauber im Tiefflug seine Manöver über die Truppen zieht, entfaltet sich mit dem türkischen Festland als Bühnenhintergrund eine szenische Allegorie für die anhaltende angespannte Beziehung zum Nachbarn an einer beiderseitig und in mehrfacher Hinsicht militarisierten Außengrenze. Es ist das Verhältnis zweier NATO-Partner, das in der Vergangenheit geprägt war von Luftraumverletzungen, Schiffsrammungen also (die Verteidigung der Marine gegen Flugkörper) der Küstenwache' und nicht zuletzt durch Gebietsansprüche des türkischen Machthabers Erdogan.

Währenddessen steht abseits des Trubels in einem anderen Teil des Hafens ein Kleintransporter mit offener Heckklappe. Die österreichische Aktivistin Doro Blancke verteilt hier Essenspakete, gemeinsam mit einem jungen Ehrenamtlichen aus Deutschland und zwei Community-Volunteers, also Freiwilligen, die selbst eine Flucht-Biographie haben. An insgesamt vier Stationen in der Stadt geben sie heute an ca. 180 Personen Lebensmittel aus, mit denen sich die Bezieher*innen für eine Woche jeden Tag eine warme Mahlzeit zubereiten können. Die Frauen, Männer und Kinder, die zur Lebensmittelverteilung kommen und von Doro und ihrem Team alle herzlich begrüßt werden, zählen zu einer Gruppe besonders vulnerabler Geflüchteter. Alle Menschen auf der Flucht, betont Doro, seien schutzbedürftig, einige aber eben in besonderem Maße. Manche der von ihrer Organisation betreuten Frauen mussten Gewalt erfahren oder haben ein Kind verloren, andere wiederum kämpfen mit einer schweren Erkrankung oder sind Teil der LGBTIQ+-Community. Das gilt auch für Fareba und Azza, denen die rasche, unbürokratische Hilfe ein Ankommen nicht nur physisch ermöglicht. Beide sind vor Gewalt geflohen, Fareba aus Afghanistan, Azza aus dem Sudan. Fareba ist mit ihren sechs Kindern vor zwei Jahren

nach Griechenland gekommen, um ihnen ein Aufwachsen in Frieden, ohne Gewalt zu ermöglichen. Azza ist vor nicht einmal sechs Monaten der Kriegshölle im Sudan entronnen. Alle sind sie übers Meer geflohen und froh, am Leben geblieben zu sein. Nun ringen sie um einen Neuanfang für sich und ihre Familien. Die Organisation von Doro finanziert auch ein Rechtsberatungsprojekt und die Miete eines Frauenschutzhauses, organisiert Arzttermine und Sprachunterricht. Was hier im Hafen von Mytilini immer am Ende einer Arbeitswoche stattfindet, ist aber nicht bloß eine Lebensmittelausgabe – es sind Begegnungen, bei denen viel geredet und zugehört wird. Gemeinsam mit den Grundnahrungsmitteln gilt es zwischenmenschliche Grundbedürfnisse zu decken: Sorgen werden mitgeteilt und oft wird

auch gemeinsam gelacht. „Wir wollen immer das Gefühl geben, wir sehen euch“, sagt Doro, die viele der auf Lesbos Angekommenen schon über einen längeren Zeitraum begleitet. Seit mittlerweile fünf Jahren ist sie auf der Insel aktiv, sehr viel länger schon in Österreich, vor allem in der Steiermark. Im Herbst und Winter 2015 war sie an der von Freiwilligen organisierten Hilfe am südsteirischen Grenzübergang Spielfeld beteiligt. In den Jahren danach hat sie diejenigen, die im Land ge-

blieben sind, im Rahmen von unterschiedlichen Projekten bei ihrer Integration unterstützt; oder, wie Doro es lieber nennt, bei der „Verwebung mit der Gesellschaft“. Ihr Engagement auf der Insel begann mit dem Großbrand des Hotspots in Moria, der „Schande Europas“, wie nicht nur sie den Ort bezeichnet.

Die Bilder des brennenden Elendslagers und der nun vor den Flammen Fliehenden waren im September 2020 um die Welt gegangen. Eine Katastrophe, die sich lange angekündigt und die ihre Ursachen im EU-Türkei-Deal vom März 2016 hat – oder genau genommen: in seiner Nicht-Umsetzung. Denn in dem Abkommen ist unter anderem festgelegt, dass alle Geflüchteten, die „irregulär“ auf den griechischen Inseln ankommen, bis zu einer Entscheidung über ihren Asylantrag dortbleiben müssten. Mit dem Ziel, sie bei Ablehnung direkt in die Türkei zurückzuschicken. Da jedoch sehr viel mehr Menschen ankamen, als Verfahren abgeschlossen und Rückführungen durchexerziert werden konnten, verwandelte sich Lesbos in eine Art Wartesaal - oder zu jener „Lagerhalle von Seelen“, die der Bürgermeister bereits 2016 prophezeit hatte. Ursprünglich für 2.800 Menschen konzipiert, waren es im Jahr des Brandes schließlich zeitweise über 20.000 Menschen, die in Moria lebten. Die Zustände im Lager wurden von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen übereinstimmend als katastrophal und unmenschlich be-

Ursprünglich für 2.800 Menschen konzipiert, waren es im Jahr des Brandes schließlich zeitweise über 20.000 Menschen, die in Moria lebten. Die Zustände im Lager wurden von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen übereinstimmend als katastrophal und unmenschlich bezeichnet. Von der prekären sanitären Versorgung, über fehlende Sicherheit bis hin zur psychischen Belastung, vor allem für Kinder...



Moria, 2015. Im größten Flüchtlingslager auf dem europäischen Kontinent, das ursprünglich für 2.800 Personen konzipiert war, lebten zeitweise bis zu 20.000 Menschen unter elenden Bedingungen. Das Lager, das als die „Schande Europas“ in die Geschichte einging, brannte 2020 nieder, alle Warnungen vor der eminenten Feuergefahr waren zuvor ignoriert worden. Über 13.000 Menschen wurden über Nacht obdachlos.



Lesbos 2015: Verschiedene Hilfsorganisationen, die ebenfalls auf dem Wasser operieren, arbeiten in enger Koordination mit der griechischen Küstenwache zusammen. Diese hat die Unterstützung auch nötig. Zehn Jahre später, im Januar 2026, gibt es keine einzige NGO mehr, die in den Gewässern um Lesbos in der Seenotrettung aktiv ist – sie dürfen es nicht mehr.

zeichnet. Von der prekären sanitären Versorgung, über fehlende Sicherheit bis hin zur psychischen Belastung, vor allem für Kinder, die in einer Vielzahl von dokumentierten Fällen Anzeichen von Selbstverletzung zeigten – Moria wurde zum Symbol gescheiterter europäischer Migrationspolitik. Ein Bericht von Ärzten ohne Grenzen mit dem Titel „Krise mit Vorsatz“ aus dem Jahr 2021 stellt nicht nur die europäische Hotspot-Strategie grundsätzlich in Frage, sondern benennt auch die Zustände in den Lagern eindeutig als ein System der Abschreckung. Als nach dem Brand von Moria über Nacht fast 13.000 Personen obdachlos geworden waren, wurden die Rufe nach einer Evakuierung der Menschen von den Inseln – nicht nur von Lesbos – noch lauter. Während eine Reihe europäischer Länder sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklärte, blieb die österreichische ÖVP-Grüne-Koalition auf rechter Linie. Der damalige Außenminister und spätere Kurzzeit-Kanzler Alexander Schallenberg äußerte sich dazu in einem ZiB Interview: Die Aufnahme von Menschen aus Moria, würde ein „falsches Signal“ senden und „falsche Hoffnungen“ machen. „Das Geschrei nach Verteilung kann nicht die Lösung sein.“

Also setzte sich Doro, die sich selbst als glühende Europäerin bezeichnet, in ein Flugzeug und reiste nach Lesbos. Die Zustände nach dem Brand auf der Insel beschreibt sie als entwürdigend: So etwa hätten sich Frauen, die aufgrund fehlender Toiletten keine andere Möglichkeit hatten, als neben der Straße oder im Wald zu urinieren, beschämt bei ihr entschuldigt. Sie selbst muss weinen, wenn sie über diese Erinnerungen spricht. Doro sieht ihre Aufgabe auf der Insel auch in der Rolle einer Zeitzeugin. Die 64-Jährige spricht davon, dass zukünftige Generationen über die Welt, die ihnen hinterlassen wird, Fragen stellen würden. Deshalb sei es ihr wichtig, zu dokumentieren und zu informieren. Zumindest könne danach keiner mehr sagen: Ich habe von nichts gewusst. „Wenn die Leute wissen, dann tragen sie Verantwortung mit, dann sind sie Mitwisser.“ Daher versucht sie sowohl über die Auswirkungen europäischer Grenzpolitik wie auch über die ihrer Ansicht nach unzureichenden Unterbringungsbedingungen im nach dem Brand neu errichteten Lager öffentlich zu berichten.

Es ist eine Aufgabe, die ihrer NGO, so wie auch allen anderen auf der Insel Tätigen, jedoch zunehmend erschwert wird. In Mavrovouni, wo das neue Lager in der Nähe der Hauptstadt, direkt am Meer, Winden und Wetter exponiert, errichtet wurde, haben die allermeisten Nichtregierungsorganisationen keinen

Zutritt. Das Gleiche gilt für unabhängige Medien, denen, wenn überhaupt, nur bei organisierten Presstouren Einblick gewährt wird. Ohnehin stellt diese Einrichtung, von manchen als Moria 2.0 bezeichnet, nur eine Übergangslösung dar, wenngleich es durch seine geschlossene Struktur bereits einen Paradigmenwechsel verkörpert. Ein ganz neues Lager steht nämlich kurz vor seiner Fertigstellung. Dieses markiert endgültig eine radikale Strategieänderung der EU und der griechischen Regierung. Für diese Generation von Lagern – geplant sind sie auch auf den Inseln Leros, Kos und Chios – stellt die Europäische Union mehrere hundert Millionen Euro bereit. Offiziell werden die mit modernster Überwachungstechnik ausgestatteten Einrichtungen als „Closed Controlled Access Centers“ (CCAC)

bezeichnet. Biometrische Zugang- und Identifikationssysteme versprechen in Kombination mit KI-unterstützter Verhaltensanalyse totale Kontrolle. In Vastria, inmitten eines hügeligen und obendrein geschützten Pinienwaldes, hätte ein solches Lager schon vor Jahren eröffnet werden sollen. Eine Reihe von Gerichtsurteilen haben aber aufgrund von Umwelt- und Sicherheitsbedenken – vor allem in Bezug auf das

Vastria, tief im unbewohnten Hinterland, ist weit weg von Schulen, Geschäften, Apotheken, aber auch von Anwält*innen und NGOs. Weit abgelegen von jeglicher Infrastruktur, ist das neue CCAC auf Lesbos konsequent darauf ausgelegt, Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch rechtlich und gesellschaftlich auszu-schließen und unsichtbar zu machen.

erhöhte Waldbrandrisiko – die Fertigstellung bisher verzögert. Schon von weitem erinnert die gewaltige und nur über eine einzige, streng bewachte Straße zugängliche Anlage durch ihre doppelte Umzäunung mit NATO-Stacheldraht und hohen Betonmauern an ein Hochsicherheitsgefängnis. Es ist eine augenscheinliche Abkehr vom bisherigen, chaotischen Jungle-Modell von Moria hin zu einer Gefängnisarchitektur, die in beide Richtungen wirken soll. Die Insel Samos, wo ein CCAC bereits in Verwendung ist, zeigt es vor: Nach innen durch eine De-facto-Inhaftierung, allen voran während des Screening-Prozesses, der bei Ablehnung direkt in den Abschiebe-Trakt führt. Die neuen Lager fungieren nämlich auch als Testlabor für die EU-Asylreform (GEAS). Ein Kernpunkt dieser ist das Konzept der Fiktion der „Nichteinreise“, bei dem sich Geflüchtete zwar physisch auf EU-Boden befinden, rechtlich aber als nicht-eingereist gelten. So soll die Abschiebung aus den geschlossenen Anlagen erleichtert werden. Nach außen hin ist das neue Lager ebenso durch Isolation und Abschottung gekennzeichnet. Vastria, tief im unbewohnten Hinterland, ist weit weg von Schulen, Geschäften, Apotheken, aber auch von Anwält*innen und NGOs. Weit abgelegen von jeglicher Infrastruktur, ist das neue CCAC auf Lesbos konsequent darauf ausgelegt, Geflüchtete nicht nur physisch, sondern auch rechtlich und gesellschaftlich auszuschließen und unsichtbar zu machen.

Wenn dieses CCAC in Betrieb genommen wird, sagt Doro, dann sei ihre Arbeit, die auch heute schon nur außerhalb der Lagermauern stattfinden darf, so gut wie unmöglich. In der abgeschotteten Parallelwelt der neuen Lager-Logik hat ihr Traum von der "Verwebung mit der Gesellschaft" keinen Platz.

Die Polis

Der Winter, er hat in dieser Novembernacht besonders heftig an die Türe geklopft. Sturmähnliche Winde und Starkregen fegen über die Insel. Die Straßen in den Norden von Lesbos sind teilweise überschwemmt und abgesperrt. Dort an der Nordküste, in der kleinen Ortschaft Petra, als sich am frühen Nachmittag die Sonne doch noch kurz blicken lässt, genießt eine ältere Frau an einer Anlegestelle in der Wärme. Eine Katze sitzt auf ihrem Schoß und freut sich über Streicheleinheiten. Der Akzent der Frau verrät im Gespräch: Sie ist nicht von hier. Tatsächlich kommt sie von weit her. Aber irgendwie auch nicht. Eleni Akpinar hat die meiste Zeit ihres Lebens in Buenos Aires, Argentinien verbracht, geboren wurde sie aber in der Polis, wie sie sagt, also: in der Stadt. Mit Selbstverständlichkeit bekräftigt sie: Es gibt nur eine Stadt auf der Welt, die man die Polis nennen darf - Konstantinopel. Im heutigen Istanbul hat Eleni auch ihre ersten neun Lebensjahre verbracht – bis sie und ihre Familie sich nicht mehr trautes, auf offener Straße Griechisch zu sprechen. Es waren die Pogrome von 1955, die sie schließlich zwangen, fluchtartig das Land zu verlassen. In der Nacht vom 6. auf den 7. September hatten, ausgelöst durch gezielte Hetze und falsche Behauptungen, marodierende Gruppen zahlreiche griechische Geschäfte, Kirchen, Wohnungen, Schulen und Friedhöfe geplündert, zerstört oder in Brand gesetzt. Auch Angehörige der armenischen und jüdischen Minderheit waren betroffen. Die von der türkischen Regierung entfesselten nationalistischen Banden hatten dabei gemordet und vergewaltigt. Mit einem Schlag war die griechische Gemeinschaft und ihre jahrtausendealte Existenz in der Stadt am goldenen Horn fast ausgelöscht. Eleni und ihre Familie erhofften sich durch eine Tante, die bereits in Argentinien lebte, in Südamerika eine neue Existenz aufbauen zu können. Auf der anderen Seite des Erdballs lebte von nun an ihr Körper, wie sie in der Rückschau auf ihr Leben sagt. Aber nicht ihr Herz, das sei immer in Griechenland geblieben. „Es geht um die Erde, nicht um die Fahne“, versucht sie ihre innere Zerrissenheit zu erklären. Mit Blick auf ihre Biographie spricht Eleni oft von Entwurzelung – „Das tut sehr weh“. Vor allem, da ihr die Wurzel, die Polis, gewaltsam entrissen worden ist. Anfang des Jahres 2025 wurde Eleni dann mit einer Krebsdiagnose konfrontiert. Nach der Behandlung, sagt sie, hatte sie vergessen zu leben. Also verabschiedete sie sich von ihrer an Demenz erkrankten Mutter und begab sich auf eine Reise. Das ist heute einfacher, sie hat drei Staatsbürgerschaften: die griechische, die argentinische und die türkische. Seit Juni ist sie unterwegs und besucht dabei ihre auf dem al-

ten Kontinent verstreute Familie. „Wir alle wurden entwurzelt“. Und sie kehrte zurück in ihre Polis, nach Istanbul. „Die Gerüche, das ist wunderschön.“ Eine entfernte Cousine wohnt noch dort; eine Musikerin, die sich vor allem dem Rebetiko verschrieben hat. Der Musikstil wird oft als griechischer Blues bezeichnet und trägt auch Elemente osmanischer Volksmusiktradition. Etabliert wurde er in den Arbeiter*innen-Vierteln Athens, als Musik der Einwander*innen, der Außenseiter*innen. Eleni wollte weitere Verwandtschaft in der Türkei ausfindig machen, doch man sagte ihr, da gebe es niemanden mehr. Und so landete sie in Ayvalık, der türkischen Hafenstadt gegenüber von Lesbos. Dort besuchte sie ein Museum.

Durch einen Erlass des Sultans hatten die Bürger*innen der Stadt nach einem wirtschaftlichen Aufschwung im 18. Jahrhundert eine Sonderstellung im Osmanischen Reich eingenommen; demnach war es Muslim*innen, bis auf wenige Ausnahmen sogar verboten, in der Stadt zu siedeln. Ayvalık entwickelte sich zu einem Zentrum griechischer Präsenz in der Ägäis. Auch nach der Zerstörung infolge des griechischen Unabhängigkeitskrieges blieb die Stadt mehrheitlich von Griech*innen bewohnt. Erst im Griechisch-Türkischen Krieg, einem Nachfolgekrieg des Ersten Weltkrieges, änderte sich das. Die siegreichen Alliierten hatten Griechenland weitreichende Gebietsgewinne in Aussicht gestellt. Doch das damalige Königreich Griechenland verlor diesen Krieg und aus der nationalistischen „Großen Idee“ wurde eine „Große Katastrophe“: Im sogenannten Bevölkerungsaustausch von 1923 mussten etwa eineinhalb Millionen Griech*innen die kleinasiatischen Regionen, umgekehrt ca. eine halbe Million Türk*innen das heutige Griechenland verlassen. Tausende starben auf der Flucht.

Nach dem Museumsbesuch in Ayvalık spazierte Eleni durch die Straßen, sie dachte an die Vertreibung der Menschen, Jahrzehnte vor ihrer eigenen. Dabei musste sie weinen, sagt sie. Sie wollte weiter nach Lesbos – auf jene Insel, deren Bewohner*innen zum Teil Nachfahren der großen Vertreibung von vor hundert Jahren sind. Mit drei Pässen in der Hand ist heute die Schiffsfahrt von Ayvalık nach Mytilini eine Kleinigkeit. In der Ortschaft Petra, die ihren Namen dem großen Felsen mit einer Kirche auf seiner Spitze verdankt, ist für eine kurze Zeit nach dem Sturm die Fernsicht besonders klar. Das türkische Festland wirkt zum Greifen nahe. „Ich sehe hinüber und ich sehe keine Grenzen“, sagt Eleni. „Das denken sich die Menschen nur aus.“ Und: „Irgendwann“, wagt Eleni zu träumen, „gibt es keine Grenzen mehr“. Die Wolken ziehen zu über Petra, es beginnt wieder zu regnen. Ob Eleni die große Landungsbrücke eigens für die Schiffe von Frontex und der Küstenwache schon gesehen hat, die nur eine Bucht weiter ins Meer ragt?

Text und Fotos von Alexander Danner



"Du konntest das Wasser nicht mehr sehen. Es war voll von Schwimmwesten. Von Booten. Von Menschen." Der Fischer Panagiotis erinnert sich an die Ereignisse vor zehn Jahren. Skala, Lesbos 2015



Sie fuhren zum Fischen hinaus und brachten Menschen nach Hause. 2015 haben die Fischer von Lesbos unzähligen Schutzsuchenden das Leben gerettet. Wieviele Menschen durch die brutalen Abschottungspolitik der EU seither ertrunken sind, weiss niemand.



Kundgebung gegen die Kriegsverbrechen der paramilitärische Rapid Support Forces (RSF) im Sudan und ihre Verbündeten, die Vereinigten Arabischen Emirate. Mytilini, Lesbos 2025



Einsatzkräfte arbeiteten 2015 in enger Korordination zur Rettung in Seemnot geratener Geflüchteter zusammen. Zehn Jahre später ist die Arbeit von NGOs auf dem Wasser de facto verboten, Frontex wurde systematisch hochgerüstet und die EU setzt auf Abschreckung und Abschottung.



Fareba ist mit ihren sechs Kindern aus Afghanistan gekommen, sie hat die lebensgefährliche Flucht auf sich genommen, damit ihre Kinder ohne die Furcht und die Entbehrungen aufwachsen können, die sie selber durchgemacht hat.

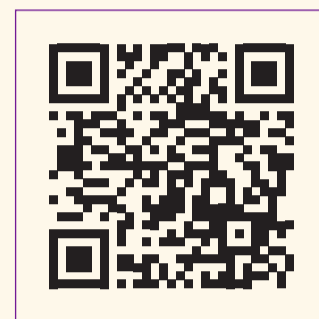


Azza ist vor dem Krieg im Sudan geflohen und vor einem halben Jahr in in Lesbos gelandet. Auch sie kam übers Meer und ist froh, die Flucht überlebt zu haben.

ausreißer-Soli-Abo jetzt!



**Keine
Zeitung,
keine
Zukunft!**



IMPRESSUM

Chefredakteurin: Evelyn Schalk
Redaktion: Ulrike Freitag, Martin Scharf
Autor*innen: blumenleere, Alexander Danner, Otto Dvoracek, Claudia Dvoracek-Iby, Csaba Glóner, Joachim Hainzl, Kai Pohl, Eval Ursprung, Heinz Wittenbrink
Gestaltung: Azam Shadpour
Website-Betreuung: Natascha Reiterer
Affichierung und Distribution: T.N.

Autor und Fotograf der Spezialausgabe: Alexander Danner

KONTAKT:

Post: *ausreißer* – Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, A-8010 Graz
Telefon: +43 316/827734-26, +43 676/3009363
Email: ausreisser@mur.at
Internet: <http://ausreisser.mur.at>
Newsletter: <http://ausreisser.mur.at/newsletter>

Wandzeitung: [ausreißer](https://www.facebook.com/ausreisser) [@ausreisserInnen](https://twitter.com/ausreisserInnen) [ausreisser_wandzeitung](https://www.instagram.com/ausreisser_wandzeitung)

[ausreisser.bsky.social](https://bsky.app/profile/ausreisser.bsky.social) [@ausreisser@graz.social](https://mstdn.social/@ausreisser)



Die Autor*innen zeichnen für die Inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

© Die Rechte verbleiben bei den Autor*innen.

Support:



Da der *ausreißer* auf Anzeigenschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist Eure Unterstützung besonders wichtig:

IBAN: 1200 0500 9409 4554 BIC: BKAUATWW

Soli-Abos könnt ihr hier bestellen:

<https://ausreisser.mur.at/support>

STANDORTE:

Kunsthaus Graz, Schlossbergplatz Graz, Geidorfkino, Forum Stadtpark, Passage Palais Trauttmansdorff, Pädagogische Hochschule Hasnerplatz, Fassade der Kirche St. Andrä, KiG! – Kultur in Graz, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Literaturhaus Graz, Kunstverein Rhizom, Martgemeinde, Platz an der Linde.

Der *ausreißer* ist als kostenlose Faltausgabe zum Mitnehmen sowohl an den oben genannten Standorten als auch bei zahlreichen weiteren Kunst-, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie in Cafés etc. erhältlich!